

"Konfliktbeilegung - ja; Kompromiß - nein"

von Martin Peter Houscht

Rückblick: Zwei Jahre Streit darüber, ob eine neutrale Übergangsregierung für freie und faire Wahlen in Bangladesh sorgen darf. Die Opposition bejaht dies, die Regierung hält dagegen. Folge: Auszug der Opposition aus dem Parlament, ihr Massenrücktritt, mehr als 150 Streiks, über 20 vermeintliche Lösungsformeln, internationale Vermittlungsversuche - Nichts! Dann die Wahlen am 15. Februar. Die Opposition boykottiert, ruft den Generalstreik aus, weniger als zehn Prozent der Wahlbürger trauen sich an die Urnen. Folge - "Wahlsieger", wo immer man hinschaut. Da ist zum einen die regierende 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) der Premierministerin Khaleda Zia, die bei den Wahlen zum sechsten Parlament (Jatiya Sangsad) 99 Prozent der Sitze erringen konnte. Da sind die drei großen Oppositionsparteien, deren Erfolg darin besteht, den Wahlen ferngeblieben zu sein und eine extrem niedrige Wahlbeteiligung erz-

wungen zu haben. Da sind schließlich zwei Politiker kleinerer politischer Gruppierungen, die sich über einen Parlamentssitz freuen dürfen. Der 15. Februar 1996 ein Meilenstein in der Geschichte der bangladeshischen Demokratie? Mitnichten! "Noch eine Wahl von diesem Kaliber und ich verliere meinen Glauben an unsere Politiker", meint Dr. Kalimullah von der Universität in Dhaka. Die Wahlen werden ungeachtet aller Sieger-Rhetorik als Höhepunkt eines unrühmlichen politischen Narrenstücks mit Todesfolge in die Geschichte des Landes eingehen - 16 Menschen starben allein am Wahltag. Dank der Regieführung von Politikern aus dem Regierungs- und Oppositionslager handelt dieses Stück nicht vom Reifeprozess der bangladeshischen Demokratie, sondern beschreibt den Weg in die Anarchie. Die Wahl als meisterhaft inszenierte Posse.

Mit einer Theateraufführung haben die

Ereignisse in Bangladesh indes nichts zu tun. Das Blut der seit Januar Getöteten, inzwischen fast 100, und das der über 1.000 Verletzten ist echt. Die Angst der Wahlbeamten vor Krawallen am Wahltag, die von beiden politischen Lagern begangenen Wahlfälschungen - wunderbare Stimmenvermehrung auf der einen, Urnenentwendung auf der anderen Seite -, die Siegerposen Khaleda Zias und der Oppositionsführerin Sheikh Hasina oder die in die Milliarden gehenden Schäden durch unzählige Generalstreiks - alles echt!

"Wichtiger als die volkswirtschaftlichen Kosten eines Streiktages sind die Folgen der Streikwelle für das Image Bangladeshs, und die sind verheerend", meint der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammern in Bangladesh, Salman Rahman. Das häßliche Attribut eines "international basket case", das der damalige US-Außenminister Henry Kissinger dem unabhängigen Bangladesh sozu-



Soldaten waren am Wahltag überall in Dhaka postiert (Foto: Walter Keller)



In vielen Wahllokalen konnten die Wahlleiter in Ruhe Zeitung lesen. Kaum ein Wähler erschien. (Foto: Altaf Hossain / Drik)

sagen als Taufgeschenk mit auf den Weg gab, erhält neue Nahrung. Die ohnehin nur spärlich fließenden ausländischen Investitionen drohen noch geringer auszufallen. Auch die "donor community" meldet sich zu Wort. Japan, der größte Geber Bangladeshs, hat bislang noch keine Zusagen für das kommende Haushaltsjahr abgegeben. Das Pariser Geberkonsortium unter Weltbankführung hat seine Sitzung von April auf Juli verschoben.

"Politische Stabilität ist eine Voraussetzung für Entwicklung", heißt es in einer Anfang März vom Weltbank-Repräsentanten in Dhaka unterzeichneten Erklärung. Pierre Landell-Mills weist auf die gesunkenen Exporterlöse und den kaum vermeidbaren Verlust zahlreicher Arbeitsplätze hin. "Bangladesh muß schnellstmöglich zur Normalität zurückkehren, sonst droht ein weiterer Verlust an Exportmärkten, Auslandsinvestitionen und Arbeitsplätzen", so Landell-Mills.

Die Bedenken der Geber, die Sorgen der bangladeshischen Unternehmer, das Leid des kleinen Mannes oder die Wertvernichtung im großen Maßstab haben bislang noch nicht zur Preisgabe eines "politischen Rambostils", eines unerbittlichen Konfrontationskurses geführt.

'Awami League' (AL) Präsidentin Sheikh Hasina und mit ihr die 'Jatiyo Party' des mittlerweile inhaftierten früheren Diktators Ershad sowie die islamistische 'Jamaat-e-Islami', beide erwießenermaßen keine Anhänger einer Demokratie, fordern weiter eine neutrale Übergangsregierung und eine Annullierung der Wahlen vom 15. Februar. Khaleda Zia soll unverzüglich zurücktreten, und Wahlen sollen im Mai stattfinden. Zu diesem Zweck wurde am 9. März eine unbefristete "non-cooperation" Kampagne gestartet mit gleichen Wirkungen wie das beliebte Mittel des Generalstreiks (Hartal). Wieder kommt das öffentliche Leben nahezu zum Stillstand, werden Autos mit Steinen beworfen und ihre Fahrer bestenfalls beschimpft, schlimmstenfalls fließt Blut. Sheikh Hasina setzt auf die historische Bedeutung solcher "non-cooperation" Veranstaltungen. Schließlich benutzte bereits ihr Vater, Staatsgründer Sheikh Mujibur Rahman, dieses Mittel, um gegen das Regime in Karachi die Unabhängigkeit des ehemaligen Ostpakistans und heutigen Bangladeshs durchzusetzen. Gerne sieht sie sich als Verfechterin demokratischer Traditionen und bezieht die Zia-Regierung des autokratischen Politikstils.

Ihre AL verspricht zwar keine anderen politischen Inhalte, wie Abdur Hasan Chowdhury, Sohn des früheren bangladeshischen Staatspräsidenten, freimütig einräumt, aber "wir sind effektiver". Und: "Das Ziel heiligt die Mittel". Will heißen, zunächst muß man mit Streiks die Machtbasis des jetzigen Regimes erodieren, das Leben von Millionen Bangladeshis unerträglich gestalten, um schließlich als politische Alternative erscheinen zu können. Ob die Rechnung aufgeht, steht derweil in den Sternen. Khaleda Zia gibt sich jedenfalls plötzlich konzilient.

Noch am 24. Februar nutzte sie ihre Exekutivgewalt und ließ sechs führende Politiker der Opposition verhaften. Der noch immer geltende 'Special Powers Act' ermöglicht die Inhaftierung auch ohne Gerichtsverhandlung bis zu 30 Tagen. Am 6. März erschossen paramilitärische Kräfte elf Streikende, die gegen notwendig gewordene Nachwahlen protestierten.

Dem "blutigen Mittwoch" folgte die "Entspannung". Die Oppositionspolitiker befinden sich mittlerweile wieder auf freiem Fuß, und Khaleda Zia spricht sich grundsätzlich für eine neutrale Übergangsregierung aus. Mit der Freilassung der Oppositionspolitiker wolle

man, so BNP-Generalsekretär Bhuiyan, eine positive Verhandlungsatmosphäre schaffen. Bhuiyan ist natürlich nicht so naiv, anzunehmen, daß ein grundlos ins Gefängnis geworfener Oppositionspolitiker wie die AL-Führungspersönlichkeit Tofayel Ahmed sich auch noch für seine spätere Freilassung mit einem gepflegten Dialog bedankt. Die Inhaftierung ist Teil eines politischen Machtspiels nach der Devise "Hörst Du nicht auf zu streiken, stecke ich Dich ins Gefängnis". Bangladesh bewegt sich zwischen der Skylla der Anarchie und der Charybdis einer Autokratie. Beides ist den demokratie liebenden Bengalen verhaßt. Mehr als 16 Jahren lebten sie unter demokratisch verbrämten Militärregimes. Wahlen wurden zu demokratischen Feigenblättern des Machtanspruchs eines einzelnen degradiert. Soweit ist man noch nicht in Bangladesh. Khaleda Zia möchte nun zwar die Kröte "neutrale Übergangsregierung" schlucken, jedoch vorher eine notwendige Verfassungsergänzung beschließen. Es sei daran erinnert, daß es das Veto Sheikh Hasinas war, das vor den 1991er Wahlen eine solche Ergänzung verhinderte.

Die AL verfolgt weiterhin die "Ich geh aufs Ganze" Strategie und hat bereits ab-

gewunken. Schließlich kann ein illegales Parlament keine Verfassungsänderung bzw. -ergänzung beschließen. Da helfen auch keine getrennten Gespräche mit Staatspräsident Biswas.

Nachdem man nun fast zwei Jahre brauchte, um sich auf die Regierungsform zu verständigen, die mit der Aufgabe der Wahlüberwachung betraut werden soll, entzündet der Konflikt sich nun an der wiederum zur Schicksalsfrage hochstilisierten Problematik der Urheberschaft einer hierzu notwendigen Verfassungsänderung. Die AL möchte verhindern, daß die BNP, die sich solange gegen die neutrale Übergangsregierung sträubte, nun ausgerechnet als die Partei erscheint, die den Weg dahin ebnet. Die BNP möchte nicht ihr Gesicht verlieren und sich als "Macher" und einzige verfassungstreue Partei präsentieren.

Der Streit geht in die nächste Runde. Der US-amerikanische Politiker Bill Richardson setzte Ende Februar die Reihe der (erfolglosen) Vermittlungsversuche fort. Das Grundübel, nämlich die fehlende Kompromißfähigkeit der beiden Damen, brachte Richardson auf den Punkt. "Beide wollen eine Beilegung des Konflikts - aber zu ihren Bedingungen". Frust macht sich in der Öffentlichkeit

breit. "Was ist das für ein Land, daß sich eine Wahl leistet, zu der kaum jemand hingehet, die fast niemanden interessiert und bestenfalls den Beginn des nächsten Wahlkampfes markiert", so die unbeantwortet bleibende Frage eines Entwicklungsaktivisten.

So wird der Kampf der beiden Ladies vermutlich ins dritte Jahr gehen. Hier das illegitime quasi Ein-Partei-Parlament, dort die außerparlamentarische Opposition. Sheikh Hasina wird als Verwalterin des väterlichen Erbes auftreten und ihren Machtanspruch ideologisch verbrämen, indem sie die 'non-cooperation campagne' als Fortsetzung des heroischen Kampfes gegen die verhaßten Pakistanis darzustellen versucht, nach dem Motto "Bekämpft die innere Kolonialisierung". Auf der anderen Seite steht Khaleda Zia, die sich als Wächterin der Verfassung und weise Führerin der Volksrepublik Bangladesh gibt. Stoff für eine Posse gibt es genug - auch für eine mit Todesfolge. Möglicherweise haben beide bald nicht nur das Blut von Menschen auf dem Gewissen, sondern die Demokratie in Bangladesh. Zur Erinnerung: Mehr als die Hälfte der Bangladeshis lebt unter der Armutsgrenze. Kein Theater - alles echt.

Kommentar

QUO VADIS BANGLADESH?

Wie bereiten wohl die Offiziellen - Vertreter aller Parteien und des öffentlichen Lebens - die Feierlichkeiten zur 25-jährigen Unabhängigkeit Bangladeshs am 26. März dieses Jahres vor, nachdem die gesamte politische Elite und damit die Nation durch die Wahlfarce vom 15. Februar vor einem Scherbenhaufen steht? Die durch einen zweitägigen Generalstreik erzwungene niedrige Wahlbeteiligung hat der Bevölkerung keine politische Wahl ermöglicht, ja sie hat ihr nicht einmal die Chance gegeben, durch eine freie Entscheidung per Stimmverweigerung gegen die anhaltende Erosion der politischen Kultur in Bangladesh zu stimmen und damit beiden Führerinnen einen Denkkzettel zu verpassen.

Wie naiv war Premierministerin Khaleda Zia eigentlich, zu glauben, daß die außerparlamentarische Opposition nicht alle Hebel in Bewegung setzen würde, um die Parlamentswahlen - dieser absurde Versuch, an der Macht zu bleiben - massiv zu stören? Bei all den Drohungen hatten nicht nur 85-90 Prozent der knapp 48 Millionen Wahlberechtigten Angst, mit massenhaften Krankmeldungen blieben auch unzählige offizielle Wahlhelfer den ihnen zugeteilten Aufgaben an den Wahlurnen fern. Bei den Wahllokalen, wo mutige Pressefotografen das Geschehen dokumentieren wollten, wurden entweder eiligst alle Umstehenden zu einer Andrang und Ordnung vortäuschenden Warteschlange arrangiert oder es herrschte so gähnende Leere, daß die Regierung sich hätte rühmen können an diesen zentralen Orten habe es keine Ausschrei-



Alte und neue Regierungschefin: Khaleda Zia (Foto: Ahmed Fazl)